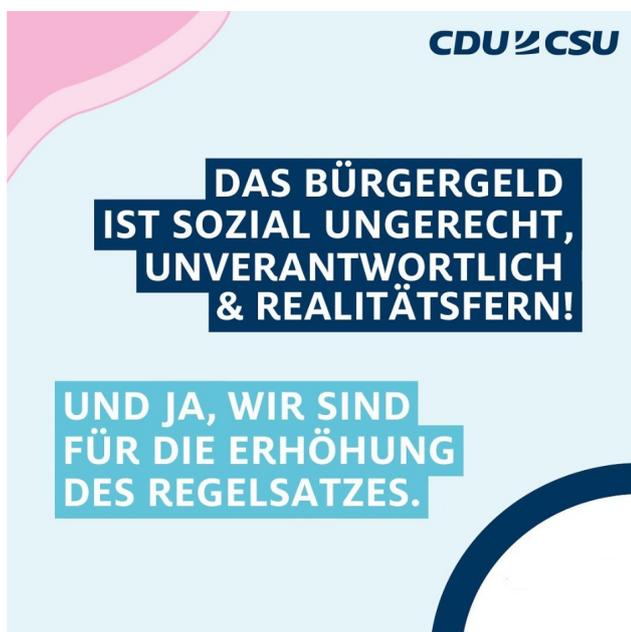


Die Woche im Bundestag



CDU **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen



Hartz-IV-Sätze anheben

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „Bürgergeldes“ plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform. Dabei sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich hingegen bewährt. Denn nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit nachhaltig beendet werden. Die mahnenden Stimmen beispielsweise des Landkreis-

tags, des Handwerks, des Städtetages, der Bundesarbeitsagentur für Arbeit und nicht zuletzt des Bundesrechnungshofes müssen von der Ampel-Regierung ernst genommen werden. Wir bleiben dabei: Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit uns nicht geben.

Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze aber dringend zum 1. Januar 2023 angehoben werden. Deshalb haben wir in dieser Sitzungswoche einen Antrag eingebracht, der das Inkrafttreten der Erhöhung zum 1. Januar 2023 gewährleisten soll. Allerdings ist bislang nicht ersichtlich, dass die Ampel auf unser Angebot eingehen will. Unsere Kritik an allen weiteren Elementen des Bürgergeld-Gesetzes bleibt erhalten: Die Aussetzung der Sanktionen und die hohen Schonvermögen sind ein sozialpolitischer Systemwechsel.



Ampel verkennt die Bedrohungslage im Inland



Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2023 abschließend den Etat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat beraten. Hierzu erklärt der **zuständige Berichterstatter für den Einzelplan 06, Dr. André Berghegger:**

„Für uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar, die aktuellen Herausforderungen von Energiekrise und Kriegsgefahr hätten eine überzeugende Antwort der Regierung bedurft. Mit den steuerlichen Mehreinnahmen wäre es wichtig gewesen, den Sicherheitsbereich deutlich aufzustocken. Diesen Schritt hat die Regierung versäumt. Aus diesem Grund haben wir in der Bereinigungssitzung eine Steigerung der Investitionen in Bundespolizei, Bevölkerungsschutzbehörden und THW von über 580 Millionen Euro gefordert. Gegenfinanziert und ohne zusätzliche Schulden.“

Ampel verspielt Deutschlands Zukunft

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2023 abschließend den Wirtschaftsplan des Klima- und Transformationsfonds (KTF) beraten. Hierzu erklärt **der zuständige Berichterstatter für den KTF, Andreas Mattfeldt:**

„Trotz großer Ankündigungen vor und nach der Bundestagswahl 2021 hat es die Ampel nicht geschafft, Innovationen in den Klima- und Transformationsfonds einzubringen. Maßnahmen wie die Zukunft der Mobilität, der Energieeffizienz und eine fortschrittliche Energieversorgung, die allesamt im KTF enthalten sind, werden durch die Ampel mehr schlecht als recht verwaltet. Die Zukunft Deutschlands wird somit verspielt, und die Deindustrialisierung befördert. Wir haben u.a. Anträge zur Stärkung der Forschung und Erprobung alternativer Antriebstechnologien, zur Weiternutzung stillgelegter Gasförderfelder durch Geothermie und zur Unterstützung der Tourismusbranche sowie von KMU und Handwerksbetrieben bei der Umsetzung energieeffizienter Maßnahmen sowie dem Wechsel von Energieträgern eingebracht. Leider hat die Ampel jeden dieser Vorschläge abgelehnt und kaum eigene Ideen dazu eingebracht.“



Europa als Stabilitätsunion stärken



Die EU-Kommission hat in dieser Woche ihre Überlegungen für eine Reform des Stabilitätspaktes vorgelegt. Hierzu erklärt **der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg:**

„Solide Finanzen sind Garant für einen handlungsfähigen Staat sowie eine starke und stabile EU – auch und gerade in Krisenzeiten. Der Ansatz der Kommission, die schrittweise verpflichtende Rückführung zu hoher Schuldenstände künftig realistischer zu gestalten, ist zwar im Grundsatz richtig. Individuell und bilateral zwischen Kommission und nationalen Regierungen verhandelte Schuldenabbaupläne – wie von der Kommission vorgeschlagen – bergen aber die Gefahr, dass die Regeln zu flexibel ausgelegt werden und ihre Verbindlichkeit geschwächt wird. Ob die EU-Mitgliedstaaten den Stabilitätspakt einhalten und ihre Schulden pflichtgemäß abbauen, sollte daher von einer unabhängigen Institution überwacht werden.“

Ökosystemleistungen der Wälder honorieren

Das Forst-Förderprogramm der Bundesregierung geht an der Lebenswirklichkeit vorbei. Im Deutschen Bundestag hat in dieser Woche eine öffentliche Anhörung zur Honorierung von Ökosystemleistungen der Wälder stattgefunden. Dazu erklärt **der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Albert Stegemann:**

„Waldbesitzer bekommen von der Ampel-Koalition die rote Karte gezeigt. Nach dem Willen der Bundesregierung sollen sie künftig eine Vielzahl an neuen und bürokratischen Anforderungen erfüllen, um überhaupt eine entsprechende Honorierung zu bekommen. Gerade für Kleinwaldbesitzer ist das kaum leistbar. Das schafft Frust und wird den Wald nicht fit machen für den Klimawandel. Das Honorierungskonzept der CDU/CSU hingegen basiert auf der bisher geliebten nachhaltigen Forstwirtschaft und der aktiven CO₂-Bindung der Wälder. Denn diese Bindungsleistung ist wissenschaftlich belegbar und kann allen Waldbesitzern zugeordnet und entsprechend honoriert werden.“



Weddeler Schleife: Union erhöht Druck auf Minister Wissing



Die Vorfinanzierung des zweigleisigen Ausbaus der sogenannten „Weddeler Schleife“ durch die DB AG kann nur noch bis 31.12.2022 aufrechterhalten werden. Das Bundesverkehrsministerium sperrt die Freigabe der bundeseitigen Mittel jedoch weiterhin. Dazu erklärt **der Braunschweiger CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Müller:**

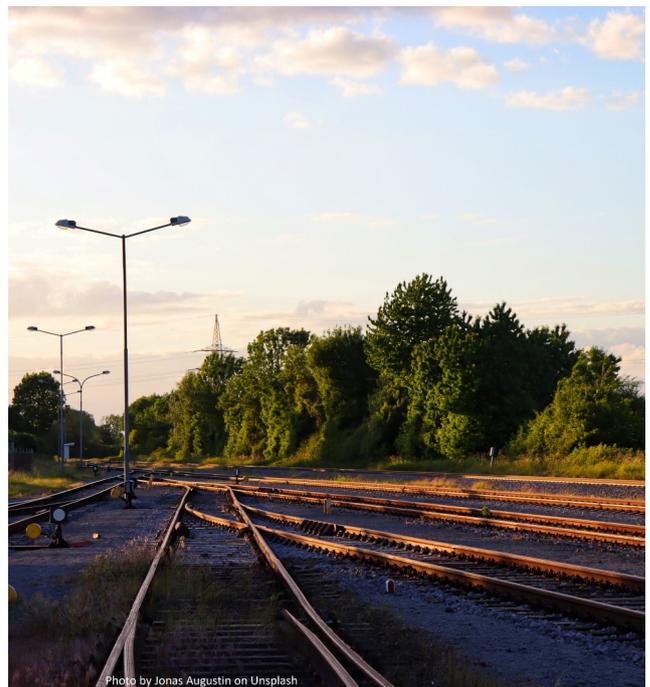
„Es ist bei der Weddeler Schleife nun fünf vor zwölf. Die Deutsche Bahn kann ihre Vorfinanzierung für die Baumaßnahmen nur noch acht Wochen aufrechterhalten. Dann droht der Abbruch der Bauarbeiten und damit immenser wirtschaftlicher Schaden für Braunschweig, die Region, den Bund und alle am Ausbau der Weddeler Schleife Beteiligten. Dies ist einzig auf das Handeln des Bundesverkehrsministers der FDP zurückzuführen, der die Mittel weiterhin nicht freigibt und dabei keinerlei alternative Finanzierung vorschlägt.“

In einem Schreiben habe ich den Bundesverkehrs- und auch Bundesfinanzminister Christian Lindner aufgefordert, die Prüfung des Haushaltstitels unverzüglich zum Abschluss zu bringen und die vom Deutschen Bundestag beschlossenen Mittel für den Ausbau freizugeben. Der immens wichtige zweigleisige Ausbau der Weddeler Schleife darf durch die Verzögerungen von Herrn Dr. Wissing nicht länger in Gefahr gebracht werden. Schon jetzt hat der Minister großen Schaden angerichtet und nur Verunsicherung gestiftet. Die Öffentlichkeit erwartet völlig zu Recht, dass er sich an bereits getroffene Entscheidungen und Vereinbarungen hält, insbesondere wenn sie auf Beschluss des Parlaments mit Haushaltsmitteln unterlegt sind.“

Wir haben dem Minister in der Sitzung des Haushaltsausschusses in dieser Woche direkt und unmissverständlich die Brisanz der Situation kommuniziert. Wir haben ihn aufgefordert, die Mittel für die Weddeler Schleife, die er seit Wochen zurückhält, unverzüglich freizugeben. Andernfalls droht in sieben Wochen der Bauabbruch. Dr. Wissing hat schließlich auf noch laufende Prüfungen durch das Bundesfinanzministerium verwiesen und einen ‚zeitnahen‘ Abschluss der Prüfung in Aussicht gestellt. Klar ist: Die Fakten liegen auf dem Tisch. Der Baustopp und immenser Schaden für unsere Region droht. Volker Wissing verzögert weiter. Wir werden nicht nachgeben und ihn und den Bundesfinanzminister auch in den nächsten Tagen und nötigenfalls Wochen unablässig zu einem Bekenntnis zur Weddeler Schleife und zur Freigabe der Mittel auffordern.“

Hintergrund:

Die DB AG kann ihre Vorfinanzierung der Baumaßnahmen nur noch bis 31.12.2022 aufrechterhalten. Wie auch das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr unter Minister Dr. Bernd Althusmann kommunizierte, droht – sofern vorher keine Freigabe der bundeseitigen Mittel erfolgt – voraussichtlich ein Abbruch der bereits weit fortgeschrittenen Bauarbeiten durch die DB AG. Die Bahn ist bislang mit Mitteln in Höhe von rund 57 Millionen Euro in Vorleistung gegangen. Zusätzliche Mittel für die Finanzierung des zweigleisigen Ausbaus der Weddeler Schleife, die über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) vorgesehen sind, können zudem erst nach Freigabe der durch das Bundesverkehrsministerium gesperrten Mittel abgerufen werden.



Blockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen



Klimaschutz ist wichtig. Das erfahren wir mit jedem Hitzerekord und jeder Flutkatastrophe am eigenen Leib. Daher ist es vollkommen legitim, wenn Bürgerinnen und Bürger für mehr Klimaschutz auf die Straße gehen. Was aber überhaupt nicht geht: Menschenleben gefährden oder mutwilli-

ge Sachbeschädigung. Damit werden rote Linien überschritten. Darauf muss der Rechtsstaat härter als bislang reagieren.

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. In unserem Leitanspruch der Woche fordern wir deshalb: Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

Deutschlands strategische Souveränität stärken

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde befassen wir uns mit den Eckpfeilern der deutschen China-Politik. Konkreten Anlass bietet die viel kritisierte Reisepolitik des Kanzleramts: Der Bundeskanzler hat mit seiner Stippvisite in Peking Schaden angerichtet. Europäische und transatlantische Partner sind verwundert, Xi Jinping wurde in Szene gesetzt, Deutschland steht als Bittsteller da. Der Zeitenwende des Bundeskanzlers fehlt der strategische Weitblick nach Asien: China wird in den kommenden Jahrzehnten ein politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Deutsche Interessen schützt man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastruktur wie am Hamburger Hafen. Die Bundesregierung muss nun endlich eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt.



Die Woche im Plenum



1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors – Technologieoffenheit gewährleisten. Nach dem EU-Beschluss zum Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035 gab es einen veritablen Koalitionskrach in der Ampel. Aber auch mehrere Wochen danach gibt es weiterhin mehr offene Fragen als Antworten. So gibt es nach wie vor keine belastbaren Prognosen, welche Mengen synthetischer Kraftstoffe im Jahr 2035 zu welchem Preis zur Verfügung stehen werden. Ferner ist derzeit noch nicht recht nachvollziehbar, wie die Europäische Kommission ihren "Prüfauftrag" umsetzen wird, der lediglich in den Erwägungsgründen des Rechtsaktes zum Verbrennerverbot fixiert ist. Unser Antrag greift dies auf und konkretisiert in zehn Forderungen unser Anliegen: Technologieoffenheit und Förderung der Umstellung von fossilen Kraftstoffen hin zu nachhaltigen Kraftstoffen.

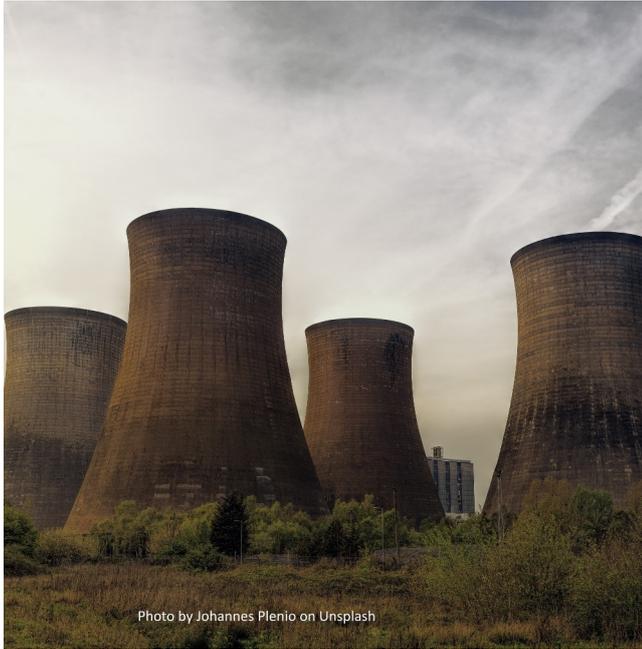
Endometriose – Endlich verstehen, behandeln, erforschen, begleiten. Erst in den vergangenen Jahren wurde deutlich, welches Ausmaß und welche Bedeutung die Krankheit Endometriose für das Leben von bis zu 15% aller Frauen in Deutschland hat. Auf Druck der Unionsfraktion hat die Koalition nunmehr 5 Mio. Euro jährlich im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für spezifische Forschung in diesem Bereich vorgesehen. Damit ist es jedoch nicht getan. Es braucht unverzüglich mehr Aufklärung, eine bessere Unterstützung der bereits vorhandenen Behandlungsstrukturen sowie die Möglichkeit, die Endometriose-Behandlung durch Fachärzte und Allgemeinmediziner auskömmlich abzurechnen. Darauf wollen wir mit unserem Antrag hinwirken.

Schweinehaltern durch die Krise helfen. Viele Schweinehalter in Deutschland erleben aufgrund der Corona-Pandemie, Exporteinschränkungen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest (ASP), steigenden Energie- und Produktionskosten sowie Verschärfungen im nationalen Tierschutzrecht bislang unbekannte Marktverwerfungen. Viele Schweinehalter in Deutschland müssen deshalb aufgeben. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, die Schweinehalter finanziell im Rahmen der kurzfristigen Krisenhilfe zu unterstützen. Zusätzlich sollen notwendige Stallumbauten gefördert und eine Herkunftskennzeichnung für Fleisch und Wurst aus Deutschland eingeführt werden. Kantinen und Verpflegungseinrichtungen werden ermutigt, Fleisch und Wurstwaren vorrangig aus Deutschland zu beziehen.



In dieser Woche befassten wir uns in abschließender 2./3. Beratung mit zwei konkurrierenden Entwürfen – von der Ampelkoalition und von uns – für ein **Sechstes Gesetz zur Änderung des Europawahlgesetzes**. Der Gesetzesentwurf der Ampel soll das aktive Wahlalter für Wahlen zum Europäischen Parlament von 18 auf 16 Jahre absenken. Diesen Vorschlag lehnen wir ab. Denn es gilt: Rechte und Pflichten gehören zusammen. Es wäre ein Widerspruch, wenn sich junge Menschen erst mit 18 Jahren rechtlich verpflichten (z.B. verschulden) dürfen und erst ab diesem Zeitpunkt strafrechtlich voll zur Verantwortung gezogen werden können, zugleich aber unmittelbaren Einfluss auf die europäische Gesetzgebung nehmen können. Wir wissen dabei die eindeutige Mehrheit in der Bevölkerung hinter uns: Laut einer Allensbach-Umfrage von November 2021 sprachen sich 71 Prozent für die Beibehaltung des Wahlalters ab 18 aus; nur 19 Prozent wünschen ein Wahlalter ab 16. Unser Gegenentwurf sieht hingegen die Einführung einer 2%-Sperrklausel bei zukünfti-

gen Europawahlen vor. So können wir die Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlaments zukünftig besser sicherstellen.



Seit Monaten fährt die Ampel einen Schlingerkurs bei der Frage der Laufzeitverlängerungen für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke. Bereits vor mehreren Wochen haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem die befristete Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bis zum 31. Dezember 2024 auf den Weg gebracht werden kann. Die Ampelfraktionen haben unseren Entwurf für ein **Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes** zunächst ausgebremst und nach dem „Machtwort“ von Bundeskanzler Scholz nun einen eigenen Entwurf vorlegt, der nur einen bis zum 15. April 2023 befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke vorsieht. Diesen unzureichenden Entwurf der Ampel lehnen wir ab: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte eines erhöhten Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet. Diese kurz-sichtige Politik, wird nicht aufgehen. Der von uns als Unionsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf mit einer Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 trägt den aktuellen Herausforderungen eindeutig besser Rechnung.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes – mit dem die wichtigsten Verwaltungsdienstleistungen endlich digitalisiert werden – liegt hinter dem Zeitplan und braucht dringend einen Turbo. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: **Mehr**

Tempo bei digitaler Verwaltung – Onlinezugangsgesetz (OZG) fortführen, Nutzungslücken schließen, Rechtsanspruch einführen. Die Bundesregierung soll zeitnah eine gesetzliche Nachfolgeregelung vorlegen, die die Fortsetzung des auslaufenden OZG sichert. Sie soll einen rechtlichen, zeitlichen und finanziellen Rahmen für ein OZG 2.0 definieren. Nur so erhalten die Länder und Kommunen Planungssicherheit. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung schnellstmöglich zusammen mit den Ländern ein Finanzierungskonzept für die Folgefinanzierung des OZG-Prozesses vorlegen. Schließlich fordern wir einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2025 auf die im OZG definierten Verwaltungsleistungen des Bundes.

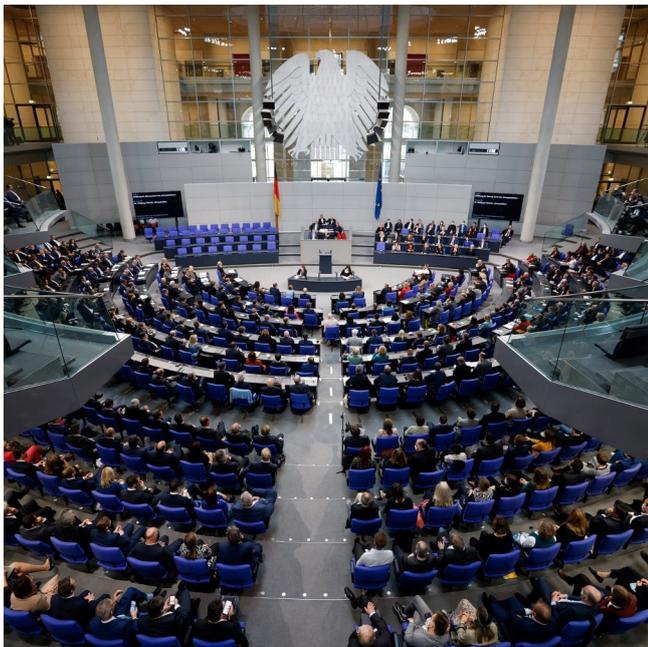
Konsequente Reaktion des Rechtsstaats auf den russischen Angriffskrieg ermöglichen – Sondertribunal einrichten. Seit den Nürnberger Tribunalen von 1946 ist sich die Völkerrechtswissenschaft einig: Angriffskrieg ist ein Verbrechen. Ein solches Verbrechen der Aggression wird den russischen Machthabern richtigerweise zur Last gelegt. Allerdings hat der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) nur eingeschränkte Kompetenzen, um dieses Verbrechen zu ahnden. Wir fordern deshalb die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals als funktionale Erweiterung des IStGH, damit die russischen Verbrechen der Aggression untersucht und strafrechtlich verfolgt werden können.



Mit unserem Antrag **Geregeltes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten einführen** fordern wir die Bundesregierung auf, für die Zukunft ein regelmäßiges und geordnetes Verfahren zur Einstufung sicherer Herkunftsstaaten im Asylrecht einzuführen. Parallel zu unserem Antrag diskutieren wir in 1. Lesung den Entwurf der Ampel für ein Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren.

Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken. Wir sehen die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements in der Bundesregierung mit großer Sorge. Bei allen aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine klare, auf den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung basierende Strategie. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolgsversprechenden Energietransformation. Mit unserem Antrag stellen wir klar: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspielraumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte



Die Ampelkoalition beginnt endlich mit der Umsetzung des bereits lange versprochenen Pakets zur Dämpfung der Energiepreise. Mit dem **Erdgas-Wärme-Soforthilfegesetz**, das wir unter dem Tagesordnungspunkt **ERP-Wirtschaftsplangesetz 2023** beraten haben, soll die Soforthilfe in Form der Abschlagszahlung für Dezember geregelt werden. Für Bezieher von leitungsgebundenem Erdgas und Wärme heißt das zunächst, dass im Dezember die Pflicht entfällt, vertraglich vereinbarte Voraus- oder Abschlagszahlungen zu leisten. Der Bund erstattet Energielieferanten und Wärmeversorgungsunternehmen die ausbleibenden Zahlungen und finanziert diese einmalige Entlastung. Die Bundesregierung will so eine finanzielle Brücke bauen bis zur regulären Einführung der Gaspreisbremse, die für Anfang kommenden Jahres geplant ist.

Taugliche Vorschläge für die endgültige Ausgestaltung der Gas- und Strompreisbremse bleibt die Ampelregierung hingegen weiter schuldig.



In abschließender 2./3. Beratung befassten wir uns mit dem **Gesetz zur Erhöhung des Wohngeldes (Wohngeld-Plus-Gesetz)**. Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz soll die Berechnungsformel für das Wohngeld angepasst werden, so dass mehr Haushalte Wohngeld erhalten können. Darüber hinaus soll eine dauerhafte Heizkostenkomponente im Wohngeld verankert werden, um die höheren Energiepreise zu berücksichtigen.

Mit dem **Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82)** und dem **Gesetz zur Modernisierung des Verkündungs- und Bekanntmachungswesens** schaffen wir die Voraussetzungen für eine weitere Digitalisierung der Gesetzgebung und erlauben zukünftig auch die digitale Verkündung von Gesetzen.

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.